

Amtsgericht Moers



-561- Amtsgericht Moers, [REDACTED]

29.08.2023

Seite 1 von 1

Rechtsanwälte

Gansel

[REDACTED]

Aktenzeichen

561 C 137/21

bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter

Frau [REDACTED]

Durchwahl

02841 1806--2201

Ihr Zeichen: [REDACTED]

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem Rechtsstreit

[REDACTED] gegen Volkswagen AG

erhalten Sie auf Anordnung des Gerichts die Anlage(n) zur
Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

Podzsus

Justizbeschäftigte

- automatisiert erstellt, ohne Unterschrift gültig -

Anschrift

[REDACTED]

Sprechzeiten

Montag bis Freitag 08:30 - 12:30

Uhr, Donnerstag 14:00 - 15:00

Uhr und nach Vereinbarung

Telefon

02841 1806-0

Telefax:

02841 18063014

www.ag-moers.nrw.de

Nachbriefkasten:

[REDACTED]

[REDACTED]

Konten der Zahlstelle [REDACTED]:

Postbank IBAN

DE55370100500011384504

Schalterstunden: Dienstag 08:30

- 12:30 Uhr, Donnerstag 08:30 -

12:30 Uhr und 14:00 - 15:00 Uhr

bzw nach Vereinbarung

Verkehrsanbindung: Haltestelle

[REDACTED]

bezogener Daten in Rechtssachen durch die Justiz in Nordrhein-
/datenschutz/rechtssachen.

Beglaubigte Abschrift

561 C 137/21



Verkündet am 31.08.2023

Podzsus, Justizbeschäftigte
als Urkundsbeamtin der
Geschäftsstelle

Amtsgericht Moers

IM NAMEN DES VOLKES

Urteil

In dem Rechtsstreit

der Frau [REDACTED],

[REDACTED]

[REDACTED],

Klägerin,

Prozessbevollmächtigte:
Gansel,

Rechtsanwälte

Wallstraße 59,

[REDACTED],

gegen

die Volkswagen AG, vertr. d. d. Vorstand, Berliner Ring 2,
38440 Wolfsburg,

Beklagte,

Prozessbevollmächtigte:
Göhmann,

Rechtsanwälte

[REDACTED]

,

hat das Amtsgericht Moers
auf die mündliche Verhandlung vom 13.07.2023
durch die Richterin am Amtsgericht Dr. Henrich

für Recht erkannt:

Das Versäumnisurteil vom 02.03.2023 wird im
nachfolgenden Umfang
aufrechterhalten:

1. Die Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin
einen Entschädigungsbetrag
bezüglich des Fahrzeugs der Marke VW mit
der

Fahrzeugidentifikationsnummer [REDACTED] in Höhe von 1.345,00 EUR zu zahlen nebst Zinsen iHv. 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 19.06.2023.

2. Die Beklagte wird verurteilt, die Klägerin von den durch die Beauftragung der Prozessbevollmächtigten der Klägerin entstandenen Kosten der außergerichtlichen Rechtsverfolgung in Höhe von 220,26 EUR freizustellen.

Im Übrigen wird das Versäumnisurteil aufgehoben und die Klage abgewiesen.

Die Kosten des Verfahrens tragen die Klägerin zu 70% und die Beklagte zu 30%.

Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar, für die Klägerin jedoch nur gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des jeweils zu vollstreckenden Betrags. Die Klägerin darf die Vollstreckung gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des aufgrund des Urteils vollstreckbaren Betrages abwenden, wenn nicht die Beklagte vor der Vollstreckung Sicherheit in Höhe von 110% des jeweils zu vollstreckenden Betrages leistet.

Tatbestand:

Die Klagepartei nimmt die Beklagte im Zusammenhang mit dem Abgasskandal in Anspruch.

Die Klägerin erwarb am 20.09.2018 das Fahrzeug der Marke VW, Golf VII 1.6 TDI mit einem Kilometerstand von 103021km zu einem Kaufpreis von 13.450,00 EUR (Bl. 126 d.A.).

Das klägerische Fahrzeug verfügt über einen von der Beklagten hergestellten Dieselmotor der Baureihe EA288, welcher über eine Fahrkurvenerkennung sowie ein sog. Thermofenster verfügt.

Die Klägerin ist der Ansicht, das streitgegenständliche Fahrzeug sei mit einer unzulässigen Zykluserkennung, sog. Akustikfunktion, ausgestattet, was dazu führe,

dass die Grenzwerte der geltenden Abgasnormen um ein Vielfaches überschritten werden, so dass die Stilllegung des Fahrzeugs drohe. Darüber hinaus verfüge der Motor über ein sog. Thermofenster, aufgrund dessen die Abgasreinigung für den Großteil des Jahres ausgesetzt werde. Darüber hinaus habe die Beklagte das „On-Board-Diagnose-System“ (OBD) manipuliert, indem es so programmiert worden sei, dass Fehlermeldungen über Grenzwertüberschreitungen unterbleiben würden. Die Klägerin behauptet, dass sie das streitgegenständliche Fahrzeug in Kenntnis der Umstände nicht zu dem Preis gekauft hätte.

Die Klägerin hat zunächst beantragt, die Beklagte zu verurteilen, an die Klägerin 2.690 EUR nebst Zinsen iHv. 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen, festzustellen, dass der in Antrag 1) bezeichnete Anspruch aus einer vorsätzlichen unerlaubten Handlung der Beklagten herrührt und die Beklagte zu verurteilen, die Klägerin von den durch die Beauftragung der Prozessbevollmächtigten der Klägerin entstandene Kosten der außergerichtlichen Rechtsverfolgung in Höhe von 1.570,80 EUR freizustellen. Mit Schriftsatz vom 03.09.2021 hat sie ihre Anträge dahingehend angepasst, dass sie nunmehr beantragt hat, die Beklagte zu verurteilen, an die Klägerin 2.690 EUR nebst Zinsen iHv. 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit 14.12.2020 zu zahlen, festzustellen, dass die Beklagte verpflichtet ist, der Klägerin Schadensersatz zu zahlen für Schäden, die aus dem Einbau einer unzulässigen Abschaltanlage iSv. Art. 5 Abs. 2 EG-VO 715/2007 durch die Beklagte in das Fahrzeug der Marke VW vom Typ Golf VII 1.6 TDI mit der Fahrzeugidentifikationsnummer [REDACTED] resultieren, festzustellen, dass der in Antrag 1) bezeichnete Anspruch aus einer vorsätzlichen unerlaubten Handlung der Beklagten herrührt und die Beklagte zu verurteilen, die Klägerin von den durch die Beauftragung der Prozessbevollmächtigten der Klägerin entstandene Kosten der außergerichtlichen Rechtsverfolgung in Höhe von 1.570,80 EUR freizustellen. Zuletzt hat sie beantragt, die Beklagte zu verurteilen, an die Klägerin einen Entschädigungsbetrag bezüglich des Fahrzeugs der Marke VW mit der Fahrzeugidentifikationsnummer [REDACTED] zu zahlen, dessen Höhe in

das Ermessen des Gerichts gestellt wird, der jedoch mindestens 2.690,00 EUR nebst Zinsen iHv. 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit betragen muss und die Beklagte zu verurteilen, die Klägerin von den durch die Beauftragung der Prozessbevollmächtigten der Klägerin entstandene Kosten der außergerichtlichen Rechtsverfolgung in Höhe von 1.570,80 EUR freizustellen.

Im Termin zur mündlichen Verhandlung am 02.03.2023 erschien für die Beklagte niemand, weshalb ein Versäumnisurteil gegen die Beklagte erging, wonach die Beklagte, wie zuletzt durch die Klägerin beantragt, verurteilt wurde. Hiergegen hat die Beklagte mit Schriftsatz vom 16.03.2023, bei Gericht am gleichen Tag eingegangen, Einspruch eingelegt.

Die Klägerin beantragt nunmehr,

das Versäumnisurteil vom 02.03.2023 aufrecht zu erhalten und der Beklagten auch die weiteren Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

Die Beklagte beantragt,

das Versäumnisurteil vom 02.03.2023 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Die Beklagte ist der Ansicht, der streitgegenständliche Motor enthalte keine unzulässige Abschaltvorrichtung. Das Thermofenster bei dem streitgegenständlichen Fahrzeug betrage zwischen -24 Grad Celsius und +70 Grad Celsius. Lediglich außerhalb dieses Bereichs finde eine Abgasrückführung nicht statt. Die verbaute Fahrkurvenerkennung führe nicht zu der aus dem EA189-Motor bekannten Folge der Umschaltlogik, so dass es sich auch hier nicht um eine unzulässige Abschaltvorrichtung handle. Es liege auch keine Manipulation des OBD-Systems vor.

Wegen des weiteren Sach- und Streitstandes wird auf die wechselseitigen Schriftsätze der Parteien nebst Anlagen Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

I.

Das Versäumnisurteil war auf den form- und fristgerechten Einspruch der Beklagten hin teilweise aufrechtzuerhalten und im Übrigen aufzuheben.

Die Klage ist im tenorierten Umfang begründet und im Übrigen unbegründet.

1.

Ein Anspruch der Klägerin gegen die Beklagte auf Erstattung des „Minderwerts“ gemäß § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV besteht in tenorierter Höhe.

Die europarechtlichen Vorschriften sind nach der Rechtsprechung des BGH und des EuGH nunmehr zugunsten von Käufern als drittschützende Schutzgesetze anerkannt (vgl. BGH Urt. v. 26.6.2023 – VIa ZR 335/21, BeckRS 2023, 15117 Rn. 20ff. m.w.N.).

Ein Gesetzesverstoß ergibt sich daraus, dass das betreffende Kraftfahrzeug mit einer gemäß Art. 5 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 unzulässigen Abschaltvorrichtung ausgerüstet ist (vgl. hierzu EuGH EuZW 2022, 1073; BGH BeckRS 15117 Rn. 21ff.). Unter welchen konkreten Umständen eine unzulässige Abschaltvorrichtung vorliegt, richtet sich nach Art. 3 Nr. 10, Art. 5 Abs. 2 Satz 1 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007. Bei der Subsumtion unter Art. 3 Nr. 10 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 ist nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs auf die Verwendung des Fahrzeugs unter Fahrbedingungen abzustellen, wie sie im gesamten Unionsgebiet üblich sind. Vorliegend ist zu Lasten der Beklagten u.a. von der Implementation eines unzulässigen Thermofensters auszugehen (vgl. hierzu ausführlich BGH BeckRS 2023, 15117 Rn. 34ff.). Der EuGH hat entschieden, dass eine Software für Dieselfahrzeuge, die die Wirkung des Emissionskontrollsystems bei üblichen Temperaturen und während des überwiegenden Teils des Jahres verringert, als eine unzulässige Abschaltvorrichtung zu qualifizieren ist (vgl. EuGH EuZW 2022, 1073). Die Klägerin hat das Vorhandensein eines Thermofensters oder einer vergleichbaren Abhängigkeit der Abgasreinigung von den Außentemperaturen durch Bezugnahme auf Messergebnisse zu vergleichbaren Motoren hinreichend dargelegt. Insofern wird beispielsweise auf die insoweit nicht bestrittenen Messergebnisse Bezug genommen, wie sie ab S. 41 des Schriftsatzes vom 03.09.2021 (Bl. 840ff. d.A.) dargestellt sind und woraus sich ergibt, dass es bei einer Absenkung der Außentemperatur außerhalb des mit der Klageschrift vorgetragenen Temperaturbereichs sowohl im NEFZ, als auch unter anderen Bedingungen zu einem deutlichen Anstieg des NO_x- Ausstoßes kommt. Insbesondere kann eine unzulässige Abschaltvorrichtung bereits dann vorliegen, wenn die Funktion nur eines beliebigen Teils des Emissionskontrollsystems in Abhängigkeit von bestimmten Parametern verändert und die Wirksamkeit des Emissionskontrollsystems unter den Bedingungen des normalen Fahrbetriebs verringert wird. Maßstab für die Zulässigkeit einer Funktionsveränderung in Abhängigkeit von bestimmten Parametern ist nach Art 3 Nr. 10 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 nicht die Einhaltung des Grenzwertes, sondern die Wirksamkeit des unverändert funktionierenden Emissionskontrollsystems unter den Bedingungen des normalen Fahrbetriebs (vgl. BGH BeckRS 2023, 15117 Rn. 51). Die Richtlinie knüpft damit an die Verringerung

der Wirksamkeit des Emissionskontrollsystems in seiner Gesamtheit an und nicht an die Einhaltung der Grenzwerte im NEFZ. Der Beklagten oblag es aufgrund des detaillierten Tatsachenvortrags der Klägerin konkreter darzulegen, dass die festgestellte Abschaltanlage zulässig ist. Insofern ist vorliegend das pauschale Bestreiten des Vorliegens einer unzulässigen Abschaltanlage der Beklagten nicht ausreichend. Es bestand durchaus die Möglichkeit der Beklagten, konkreter zu den Abschaltmechanismen sowie zur Widerlegung der durch die Klägerin dargelegten Messwerte bzw. sonstigen Umstände vorzutragen. Auch die Behauptung, dass das Fahrzeug über ein wie von der Beklagten dargestellt weites Thermofenster verfügt, hat sie nicht konkreter dargelegt, insbesondere hat sie auch hier nicht hinreichend zu den dargelegten Messwerten Bezug genommen.

Gemäß § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV genügt ein fahrlässiger Verstoß für die Haftung (vgl. BGH Urt. v. 26.6.2023 – VIa ZR 335/21, BeckRS 2023, 15117 Rn. 38), welcher vorliegend anzunehmen ist. Zwar trifft hinsichtlich des Verschuldens als anspruchsbegründender Voraussetzung gemäß § 823 Abs. 2 BGB gewöhnlich den Anspruchsteller die Darlegungs- und Beweislast (vgl. BGH, Urteil vom 13. Dezember 1984 – III ZR 20/83, NJW 1985, 1774, 1775 mwN). Jedoch muss derjenige, der objektiv ein Schutzgesetz verletzt hat, Umstände darlegen und erforderlichenfalls beweisen, die geeignet sind, die daraus folgende Annahme seines Verschuldens in Form einer Fahrlässigkeit auszuräumen. Insofern besteht eine von der objektiven Schutzgesetzverletzung ausgehende Verschuldensvermutung (vgl. BGH Urt. v. 26.6.2023 – VIa ZR 335/21, BeckRS 2023, 15117 Rn. 59). Diese wurde vorliegend von der Beklagten nicht widerlegt.

Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus den vorgelegten Auskünften des Kraftfahrtbundesamtes. Ein entlastend wirkender Verbotsirrtum setzt zunächst voraus, dass die Beklagte die Rechtslage unter Einbeziehung der höchstrichterlichen Rechtsprechung sorgfältig geprüft hat und bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt mit einer anderen Beurteilung durch die Gerichte nicht zu rechnen brauchte (vgl. BGH Urt. v. 26.6.2023 – VIa ZR 335/21, BeckRS 2023, 15117 Rn. 63). Insofern ist weder eine konkrete Prüfung der Beklagten vorgetragen worden, noch warum zum damaligen Zeitpunkt mit einer Beurteilung entsprechend der jetzt vorliegenden Judikatur des EuGH zur Einordnung des Thermofensters als Abschaltanlage nicht zu rechnen war (vgl. hierzu auch LG Frankenthal, Urteil vom 5. Juli 2023 – 6 O 335/22 –, juris).

Die Klägerin kann sich bei der Inanspruchnahme der Beklagten nach § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV zudem auf den Erfahrungssatz stützen, dass sie den Kaufvertrag zu diesem Kaufpreis nicht geschlossen hätte (vgl. BGHZ 230, 224 Rn. 21). Für die Anwendung eines solchen Erfahrungssatzes ist nicht von Bedeutung, ob dem Käufer bei dem Erwerb des Kraftfahrzeugs die vom Fahrzeughersteller ausgegebene unzutreffende Übereinstimmungsbescheinigung vorgelegen und ob er von deren Inhalt Kenntnis genommen hat (BGH Urt. v. 26.6.2023 – VIa ZR 335/21, BeckRS 2023, 15117 Rn. 55-57).

Die Klägerin hat hiernach einen Anspruch auf Erstattung ihres Schadens. Nach § 249 Abs. 1 BGB hat, wer zum Schadensersatz verpflichtet ist, den Zustand herzustellen, der bestehen würde, wenn der zum Ersatz verpflichtende Umstand nicht eingetreten wäre. Dabei soll der Geschädigte wirtschaftlich möglichst so gestellt werden, wie er ohne das schadensstiftende Ereignis stünde (vgl. ua. BGH NJW-RR 2015, 275). Der Geschädigte kann demnach den Betrag ersetzt verlangen, um den er den Kaufgegenstand „zu teuer“ erworben hat (vgl. BGH NJW 2021, 3041, 3042). Vorliegend sind in die Bemessung des objektiven Wertes des Fahrzeugs im Zeitpunkt des Vertragsschlusses die mit der Software verbundenen Nachteile, insbesondere die Risiken behördlicher Anordnungen, einzubeziehen (vgl. BGH NJW 2021, 3041, 3043).

Die damit einhergehende, zeitlich nicht absehbare Unsicherheit, das erworbene Kraftfahrzeug jederzeit seinem Zweck entsprechend nutzen zu dürfen, setzt den objektiven Wert des Kaufgegenstands im maßgeblichen Zeitpunkt der Vertrauensinvestition des Klägers bei Abschluss des Kaufvertrags herab, weil schon in der Gebrauchsmöglichkeit als solcher ein geldwerter Vorteil liegt (BGH Urt. v. 26.6.2023 – VIa ZR 335/21, BeckRS 2023, 15117 Rn. 40f). Die Bemessung des Schadens erfolgt hierbei gemäß § 287 Abs. 1 Satz 1 ZPO unter Würdigung aller Umstände. Hierbei ergibt sich aus unionsrechtlichen Vorgaben die Begrenzung der Schadensschätzung innerhalb einer Bandbreite zwischen 5 % bis 15 % des gezahlten Kaufpreises (BGH Urt. v. 26.6.2023 – VIa ZR 335/21, BeckRS 2023, 15117 Rn. 72).

Vorliegend schätzt das Gericht den Schaden auf 10 % des ursprünglichen Kaufpreises. Im maßgeblichen Zeitpunkt des Vertragsschlusses am 20.09.2018

dürfte das Risiko von Auflagen seitens der Behörden vergleichsweise gering gewesen sein, nachdem das Kraftfahrtbundesamt selbst nach diesem Zeitpunkt noch die Auffassung vertreten hat, dass ein Thermofenster keine unzulässige Abschalteneinrichtung darstellen würde. Demgegenüber wird das unionsrechtliche Ziel der Einhaltung gewisser Emissionsgrenzwerte durch jede Abschalteneinrichtung erheblich beeinträchtigt (so auch LG Frankenthal, Urteil vom 5. Juli 2023 – 6 O 335/22 –, juris). Durchgreifende Anhaltspunkte dafür, dass von einem erheblichen oder besonders geringgradigen Verschulden auszugehen wäre, ist nicht festzustellen. Im Ergebnis beläuft sich der Schaden der Klägerin hiernach auf 1.345,00 EUR (10 % von 13.450,00 EUR).

Ein Vorteilsausgleich ist grundsätzlich nicht ausgeschlossen, aber im vorliegenden Fall nicht anzurechnen. Nutzungsvorteile sind erst dann und nur insoweit schadensmindernd anzurechnen, als sie den Wert des Fahrzeugs bei Abschluss des Kaufvertrags übersteigen (vgl. BGH BeckRS 2023, 15117 Rn. 44). Zwar ist die derzeitige Laufleistung durch die Klägerin nicht mitgeteilt worden. Ausgehend von einem Anfangskilometerstand beim Kauf von 103.000km und einem Kilometerstand am 18.04.2021 von 135.600 km geht das Gericht jedoch davon aus, dass die Summe des Restwertes und der Gebrauchsvorteile selbst bei Annahme einer für realistisch gehaltenen zu erwartenden Gesamtlaufleistung von 250.000 km den Wert des Fahrzeugs bei Abschluss des Kaufpreises nicht übersteigt, sodass ein Vorteilsausgleich nicht zu berücksichtigen ist.

Ein weitergehender Anspruch besteht nicht, weshalb die Klage im Übrigen abzuweisen ist.

2.

Der Zinsanspruch ergibt sich aus §§ 291, 288 BGB

3.

Als Teil des dargestellten Schadensersatzanspruchs besteht ein Anspruch auf Erstattung der außergerichtlichen Anwaltskosten in Höhe einer 1,3 Gebühr aus dem Wert des Obsiegens der Klagepartei nebst Auslagenpauschale und der geltend gemachten Mehrwertsteuer in Höhe von 19 %. Bei erkennbar aus unzähligen

Textbausteinen bestehenden Ausführungen ist eine über die Regelgebühr hinausgehende Gebühr nicht in Ansatz zu bringen. Bei einem Gegenstandswert von 1.345,00 EUR ergeben sich geschuldete Anwaltskosten in Höhe von 220,26 EUR.

II.

Die Nebenentscheidungen beruhen auf §§ 92 Abs. 1, 708 Nr. 11, 709, 711 ZPO.

Der Streitwert wird auf 4.690,00 EUR festgesetzt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen dieses Urteil ist das Rechtsmittel der Berufung für jeden zulässig, der durch dieses Urteil in seinen Rechten benachteiligt ist,

1. wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 600,00 EUR übersteigt oder
2. wenn die Berufung in dem Urteil durch das Amtsgericht zugelassen worden ist.

Die Berufung muss **innerhalb einer Notfrist von einem Monat nach Zustellung** dieses Urteils bei dem Landgericht Kleve, [REDACTED] (Schwanenburg), [REDACTED], eingegangen sein. Die Berufungsschrift muss die Bezeichnung des Urteils,

gegen das die Berufung gerichtet wird, sowie die Erklärung, dass gegen dieses Urteil Berufung eingelegt werde, enthalten.

Die Berufung ist, sofern nicht bereits in der Berufungsschrift erfolgt, binnen zwei Monaten nach Zustellung dieses Urteils gegenüber dem Landgericht Kleve zu begründen.

Die Parteien müssen sich vor dem Landgericht Kleve durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen, insbesondere müssen die Berufungs- und die Berufungsbegründungsschrift von einem solchen unterzeichnet sein.

Mit der Berufungsschrift soll eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift des angefochtenen Urteils vorgelegt werden.

Hinweis zum elektronischen Rechtsverkehr:

Die Einlegung ist auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts möglich. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet und mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 130a ZPO nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (BGBl. 2017 I, S. 3803) eingereicht werden. Auf die Pflicht zur elektronischen Einreichung durch professionelle Einreicher/innen ab dem 01.01.2022 durch das Gesetz zum Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs mit

den Gerichten vom 10. Oktober 2013, das Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs vom 5. Juli 2017 und das Gesetz zum Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 05.10.2021 wird hingewiesen.

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite www.justiz.de.

Dr. [REDACTED]

Beglaubigt

Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle

Amtsgericht Moers

Abschrift

561 C 137/21



Verkündet am 31.08.2023

Podzsus, Justizbeschäftigte
als Urkundsbeamtin der
Geschäftsstelle

Amtsgericht Moers

IM NAMEN DES VOLKES

Urteil

In dem Rechtsstreit

der Frau [REDACTED],

[REDACTED],

Klägerin,

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Gansel,

Wallstraße 59, [REDACTED],

gegen

die Volkswagen AG, vertr. d. d. Vorstand, Berliner Ring 2, 38440 Wolfsburg,

Beklagte,

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Göhmann,

[REDACTED],

hat das Amtsgericht Moers

auf die mündliche Verhandlung vom 13.07.2023

durch die Richterin am Amtsgericht Dr. Henrich

für Recht erkannt:

Das Versäumnisurteil vom 02.03.2023 wird im nachfolgenden Umfang
aufrechterhalten:

1. Die Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin einen Entschädigungsbetrag

bezüglich des Fahrzeugs der Marke VW mit der

Fahrzeugidentifikationsnummer [REDACTED] in Höhe von 1.345,00 EUR zu zahlen nebst Zinsen iHv. 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 19.06.2023.

2. Die Beklagte wird verurteilt, die Klägerin von den durch die Beauftragung der Prozessbevollmächtigten der Klägerin entstandenen Kosten der außergerichtlichen Rechtsverfolgung in Höhe von 220,26 EUR freizustellen.

Im Übrigen wird das Versäumnisurteil aufgehoben und die Klage abgewiesen.

Die Kosten des Verfahrens tragen die Klägerin zu 70% und die Beklagte zu 30%.

Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar, für die Klägerin jedoch nur gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des jeweils zu vollstreckenden Betrags. Die Klägerin darf die Vollstreckung gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des aufgrund des Urteils vollstreckbaren Betrages abwenden, wenn nicht die Beklagte vor der Vollstreckung Sicherheit in Höhe von 110% des jeweils zu vollstreckenden Betrages leistet.

Tatbestand:

Die Klagepartei nimmt die Beklagte im Zusammenhang mit dem Abgasskandal in Anspruch.

Die Klägerin erwarb am 20.09.2018 das Fahrzeug der Marke VW, Golf VII 1.6 TDI mit einem Kilometerstand von 103021km zu einem Kaufpreis von 13.450,00 EUR (Bl. 126 d.A.).

Das klägerische Fahrzeug verfügt über einen von der Beklagten hergestellten Dieselmotor der Baureihe EA288, welcher über eine Fahrkurvenerkennung sowie ein sog. Thermofenster verfügt.

Die Klägerin ist der Ansicht, das streitgegenständliche Fahrzeug sei mit einer unzulässigen Zykluserkennung, sog. Akustikfunktion, ausgestattet, was dazu führe,

dass die Grenzwerte der geltenden Abgasnormen um ein Vielfaches überschritten werden, so dass die Stilllegung des Fahrzeugs drohe. Darüber hinaus verfüge der Motor über ein sog. Thermofenster, aufgrund dessen die Abgasreinigung für den Großteil des Jahres ausgesetzt werde. Darüber hinaus habe die Beklagte das „On-Board-Diagnose-System“ (OBD) manipuliert, indem es so programmiert worden sei, dass Fehlermeldungen über Grenzwertüberschreitungen unterbleiben würden. Die Klägerin behauptet, dass sie das streitgegenständliche Fahrzeug in Kenntnis der Umstände nicht zu dem Preis gekauft hätte.

Die Klägerin hat zunächst beantragt, die Beklagte zu verurteilen, an die Klägerin 2.690 EUR nebst Zinsen iHv. 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen, festzustellen, dass der in Antrag 1) bezeichnete Anspruch aus einer vorsätzlichen unerlaubten Handlung der Beklagten herrührt und die Beklagte zu verurteilen, die Klägerin von den durch die Beauftragung der Prozessbevollmächtigten der Klägerin entstandene Kosten der außergerichtlichen Rechtsverfolgung in Höhe von 1.570,80 EUR freizustellen. Mit Schriftsatz vom 03.09.2021 hat sie ihre Anträge dahingehend angepasst, dass sie nunmehr beantragt hat, die Beklagte zu verurteilen, an die Klägerin 2.690 EUR nebst Zinsen iHv. 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit 14.12.2020 zu zahlen, festzustellen, dass die Beklagte verpflichtet ist, der Klägerin Schadensersatz zu zahlen für Schäden, die aus dem Einbau einer unzulässigen Abschalteneinrichtung iSv. Art. 5 Abs. 2 EG-VO 715/2007 durch die Beklagte in das Fahrzeug der Marke VW vom Typ Golf VII 1.6 TDI mit der Fahrzeugidentifikationsnummer [REDACTED] resultieren, festzustellen, dass der in Antrag 1) bezeichnete Anspruch aus einer vorsätzlichen unerlaubten Handlung der Beklagten herrührt und die Beklagte zu verurteilen, die Klägerin von den durch die Beauftragung der Prozessbevollmächtigten der Klägerin entstandene Kosten der außergerichtlichen Rechtsverfolgung in Höhe von 1.570,80 EUR freizustellen. Zuletzt hat sie beantragt, die Beklagte zu verurteilen, an die Klägerin einen Entschädigungsbetrag bezüglich des Fahrzeugs der Marke VW mit der Fahrzeugidentifikationsnummer [REDACTED] zu zahlen, dessen Höhe in

das Ermessen des Gerichts gestellt wird, der jedoch mindestens 2.690,00 EUR nebst Zinsen iHv. 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit betragen muss und die Beklagte zu verurteilen, die Klägerin von den durch die Beauftragung der Prozessbevollmächtigten der Klägerin entstandene Kosten der außergerichtlichen Rechtsverfolgung in Höhe von 1.570,80 EUR freizustellen.

Im Termin zur mündlichen Verhandlung am 02.03.2023 erschien für die Beklagte niemand, weshalb ein Versäumnisurteil gegen die Beklagte erging, wonach die Beklagte, wie zuletzt durch die Klägerin beantragt, verurteilt wurde. Hiergegen hat die Beklagte mit Schriftsatz vom 16.03.2023, bei Gericht am gleichen Tag eingegangen, Einspruch eingelegt.

Die Klägerin beantragt nunmehr,

das Versäumnisurteil vom 02.03.2023 aufrecht zu erhalten und der Beklagten auch die weiteren Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

Die Beklagte beantragt,

das Versäumnisurteil vom 02.03.2023 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Die Beklagte ist der Ansicht, der streitgegenständliche Motor enthalte keine unzulässige Abschaltvorrichtung. Das Thermofenster bei dem streitgegenständlichen Fahrzeug betrage zwischen -24 Grad Celsius und +70 Grad Celsius. Lediglich außerhalb dieses Bereichs finde eine Abgasrückführung nicht statt. Die verbaute Fahrkurvenerkennung führe nicht zu der aus dem EA189-Motor bekannten Folge der Umschaltlogik, so dass es sich auch hier nicht um eine unzulässige Abschaltvorrichtung handle. Es liege auch keine Manipulation des OBD-Systems vor.

Wegen des weiteren Sach- und Streitstandes wird auf die wechselseitigen Schriftsätze der Parteien nebst Anlagen Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

I.

Das Versäumnisurteil war auf den form- und fristgerechten Einspruch der Beklagten hin teilweise aufrechtzuerhalten und im Übrigen aufzuheben.

Die Klage ist im tenorierten Umfang begründet und im Übrigen unbegründet.

1.

Ein Anspruch der Klägerin gegen die Beklagte auf Erstattung des „Minderwerts“ gemäß § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV besteht in tenorierter Höhe.

Die europarechtlichen Vorschriften sind nach der Rechtsprechung des BGH und des EuGH nunmehr zugunsten von Käufern als drittschützende Schutzgesetze anerkannt (vgl. BGH Urt. v. 26.6.2023 – VIa ZR 335/21, BeckRS 2023, 15117 Rn. 20ff. m.w.N.).

Ein Gesetzesverstoß ergibt sich daraus, dass das betreffende Kraftfahrzeug mit einer gemäß Art. 5 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 unzulässigen Abschaltvorrichtung ausgerüstet ist (vgl. hierzu EuGH EuZW 2022, 1073; BGH BeckRS 15117 Rn. 21ff.). Unter welchen konkreten Umständen eine unzulässige Abschaltvorrichtung vorliegt, richtet sich nach Art. 3 Nr. 10, Art. 5 Abs. 2 Satz 1 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007. Bei der Subsumtion unter Art. 3 Nr. 10 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 ist nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs auf die Verwendung des Fahrzeugs unter Fahrbedingungen abzustellen, wie sie im gesamten Unionsgebiet üblich sind. Vorliegend ist zu Lasten der Beklagten u.a. von der Implementation eines unzulässigen Thermofensters auszugehen (vgl. hierzu ausführlich BGH BeckRS 2023, 15117 Rn. 34ff.). Der EuGH hat entschieden, dass eine Software für Dieselfahrzeuge, die die Wirkung des Emissionskontrollsystems bei üblichen Temperaturen und während des überwiegenden Teils des Jahres verringert, als eine unzulässige Abschaltvorrichtung zu qualifizieren ist (vgl. EuGH EuZW 2022, 1073). Die Klägerin hat das Vorhandensein eines Thermofensters oder einer vergleichbaren Abhängigkeit der Abgasreinigung von den Außentemperaturen durch Bezugnahme auf Messergebnisse zu vergleichbaren Motoren hinreichend dargelegt. Insofern wird beispielsweise auf die insoweit nicht bestrittenen Messergebnisse Bezug genommen, wie sie ab S. 41 des Schriftsatzes vom 03.09.2021 (Bl. 840ff. d.A.) dargestellt sind und woraus sich ergibt, dass es bei einer Absenkung der Außentemperatur außerhalb des mit der Klageschrift vorgetragenen Temperaturbereichs sowohl im NEFZ, als auch unter anderen Bedingungen zu einem deutlichen Anstieg des NO_x- Ausstoßes kommt. Insbesondere kann eine unzulässige Abschaltvorrichtung bereits dann vorliegen, wenn die Funktion nur eines beliebigen Teils des Emissionskontrollsystems in Abhängigkeit von bestimmten Parametern verändert und die Wirksamkeit des Emissionskontrollsystems unter den Bedingungen des normalen Fahrbetriebs verringert wird. Maßstab für die Zulässigkeit einer Funktionsveränderung in Abhängigkeit von bestimmten Parametern ist nach Art 3 Nr. 10 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 nicht die Einhaltung des Grenzwertes, sondern die Wirksamkeit des unverändert funktionierenden Emissionskontrollsystems unter den Bedingungen des normalen Fahrbetriebs (vgl. BGH BeckRS 2023, 15117 Rn. 51). Die Richtlinie knüpft damit an die Verringerung

der Wirksamkeit des Emissionskontrollsystems in seiner Gesamtheit an und nicht an die Einhaltung der Grenzwerte im NEFZ. Der Beklagten oblag es aufgrund des detaillierten Tatsachenvortrags der Klägerin konkreter darzulegen, dass die festgestellte Abschalteneinrichtung zulässig ist. Insofern ist vorliegend das pauschale Bestreiten des Vorliegens einer unzulässigen Abschalteneinrichtung der Beklagten nicht ausreichend. Es bestand durchaus die Möglichkeit der Beklagten, konkreter zu den Abschaltmechanismen sowie zur Widerlegung der durch die Klägerin dargelegten Messwerte bzw. sonstigen Umstände vorzutragen. Auch die Behauptung, dass das Fahrzeug über ein wie von der Beklagten dargestellt weites Thermofenster verfügt, hat sie nicht konkreter dargelegt, insbesondere hat sie auch hier nicht hinreichend zu den dargelegten Messwerten Bezug genommen.

Gemäß § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV genügt ein fahrlässiger Verstoß für die Haftung (vgl. BGH Urt. v. 26.6.2023 – VIa ZR 335/21, BeckRS 2023, 15117 Rn. 38), welcher vorliegend anzunehmen ist. Zwar trifft hinsichtlich des Verschuldens als anspruchsbegründender Voraussetzung gemäß § 823 Abs. 2 BGB gewöhnlich den Anspruchsteller die Darlegungs- und Beweislast (vgl. BGH, Urteil vom 13. Dezember 1984 – III ZR 20/83, NJW 1985, 1774, 1775 mwN). Jedoch muss derjenige, der objektiv ein Schutzgesetz verletzt hat, Umstände darlegen und erforderlichenfalls beweisen, die geeignet sind, die daraus folgende Annahme seines Verschuldens in Form einer Fahrlässigkeit auszuräumen. Insofern besteht eine von der objektiven Schutzgesetzverletzung ausgehende Verschuldensvermutung (vgl. BGH Urt. v. 26.6.2023 – VIa ZR 335/21, BeckRS 2023, 15117 Rn. 59). Diese wurde vorliegend von der Beklagten nicht widerlegt.

Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus den vorgelegten Auskünften des Kraftfahrtbundesamtes. Ein entlastend wirkender Verbotsirrtum setzt zunächst voraus, dass die Beklagte die Rechtslage unter Einbeziehung der höchstrichterlichen Rechtsprechung sorgfältig geprüft hat und bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt mit einer anderen Beurteilung durch die Gerichte nicht zu rechnen brauchte (vgl. BGH Urt. v. 26.6.2023 – VIa ZR 335/21, BeckRS 2023, 15117 Rn. 63). Insofern ist weder eine konkrete Prüfung der Beklagten vorgetragen worden, noch warum zum damaligen Zeitpunkt mit einer Beurteilung entsprechend der jetzt vorliegenden Judikatur des EuGH zur Einordnung des Thermofensters als Abschalteneinrichtung nicht zu rechnen war (vgl. hierzu auch LG Frankenthal, Urteil vom 5. Juli 2023 – 6 O 335/22 –, juris).

Die Klägerin kann sich bei der Inanspruchnahme der Beklagten nach § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV zudem auf den Erfahrungssatz stützen, dass sie den Kaufvertrag zu diesem Kaufpreis nicht geschlossen hätte (vgl. BGHZ 230, 224 Rn. 21). Für die Anwendung eines solchen Erfahrungssatzes ist nicht von Bedeutung, ob dem Käufer bei dem Erwerb des Kraftfahrzeugs die vom Fahrzeughersteller ausgegebene unzutreffende Übereinstimmungsbescheinigung vorgelegen und ob er von deren Inhalt Kenntnis genommen hat (BGH Urt. v. 26.6.2023 – VIa ZR 335/21, BeckRS 2023, 15117 Rn. 55-57).

Die Klägerin hat hiernach einen Anspruch auf Erstattung ihres Schadens. Nach § 249 Abs. 1 BGB hat, wer zum Schadensersatz verpflichtet ist, den Zustand herzustellen, der bestehen würde, wenn der zum Ersatz verpflichtende Umstand nicht eingetreten wäre. Dabei soll der Geschädigte wirtschaftlich möglichst so gestellt werden, wie er ohne das schadensstiftende Ereignis stünde (vgl. ua. BGH NJW-RR 2015, 275). Der Geschädigte kann demnach den Betrag ersetzt verlangen, um den er den Kaufgegenstand „zu teuer“ erworben hat (vgl. BGH NJW 2021, 3041, 3042). Vorliegend sind in die Bemessung des objektiven Wertes des Fahrzeugs im Zeitpunkt des Vertragsschlusses die mit der Software verbundenen Nachteile, insbesondere die Risiken behördlicher Anordnungen, einzubeziehen (vgl. BGH NJW 2021, 3041, 3043).

Die damit einhergehende, zeitlich nicht absehbare Unsicherheit, das erworbene Kraftfahrzeug jederzeit seinem Zweck entsprechend nutzen zu dürfen, setzt den objektiven Wert des Kaufgegenstands im maßgeblichen Zeitpunkt der Vertrauensinvestition des Klägers bei Abschluss des Kaufvertrags herab, weil schon in der Gebrauchsmöglichkeit als solcher ein geldwerter Vorteil liegt (BGH Urt. v. 26.6.2023 – VIa ZR 335/21, BeckRS 2023, 15117 Rn. 40f). Die Bemessung des Schadens erfolgt hierbei gemäß § 287 Abs. 1 Satz 1 ZPO unter Würdigung aller Umstände. Hierbei ergibt sich aus unionsrechtlichen Vorgaben die Begrenzung der Schadensschätzung innerhalb einer Bandbreite zwischen 5 % bis 15 % des gezahlten Kaufpreises (BGH Urt. v. 26.6.2023 – VIa ZR 335/21, BeckRS 2023, 15117 Rn. 72).

Vorliegend schätzt das Gericht den Schaden auf 10 % des ursprünglichen Kaufpreises. Im maßgeblichen Zeitpunkt des Vertragsschlusses am 20.09.2018

dürfte das Risiko von Auflagen seitens der Behörden vergleichsweise gering gewesen sein, nachdem das Kraftfahrtbundesamt selbst nach diesem Zeitpunkt noch die Auffassung vertreten hat, dass ein Thermofenster keine unzulässige Abschalteneinrichtung darstellen würde. Demgegenüber wird das unionsrechtliche Ziel der Einhaltung gewisser Emissionsgrenzwerte durch jede Abschalteneinrichtung erheblich beeinträchtigt (so auch LG Frankenthal, Urteil vom 5. Juli 2023 – 6 O 335/22 –, juris). Durchgreifende Anhaltspunkte dafür, dass von einem erheblichen oder besonders geringgradigen Verschulden auszugehen wäre, ist nicht festzustellen. Im Ergebnis beläuft sich der Schaden der Klägerin hiernach auf 1.345,00 EUR (10 % von 13.450,00 EUR).

Ein Vorteilsausgleich ist grundsätzlich nicht ausgeschlossen, aber im vorliegenden Fall nicht anzurechnen. Nutzungsvorteile sind erst dann und nur insoweit schadensmindernd anzurechnen, als sie den Wert des Fahrzeugs bei Abschluss des Kaufvertrags übersteigen (vgl. BGH BeckRS 2023, 15117 Rn. 44). Zwar ist die derzeitige Laufleistung durch die Klägerin nicht mitgeteilt worden. Ausgehend von einem Anfangskilometerstand beim Kauf von 103.000km und einem Kilometerstand am 18.04.2021 von 135.600 km geht das Gericht jedoch davon aus, dass die Summe des Restwertes und der Gebrauchsvorteile selbst bei Annahme einer für realistisch gehaltenen zu erwartenden Gesamtlauflistung von 250.000 km den Wert des Fahrzeugs bei Abschluss des Kaufpreises nicht übersteigt, sodass ein Vorteilsausgleich nicht zu berücksichtigen ist.

Ein weitergehender Anspruch besteht nicht, weshalb die Klage im Übrigen abzuweisen ist.

2.

Der Zinsanspruch ergibt sich aus §§ 291, 288 BGB

3.

Als Teil des dargestellten Schadensersatzanspruchs besteht ein Anspruch auf Erstattung der außergerichtlichen Anwaltskosten in Höhe einer 1,3 Gebühr aus dem Wert des Obsiegens der Klagepartei nebst Auslagenpauschale und der geltend gemachten Mehrwertsteuer in Höhe von 19 %. Bei erkennbar aus unzähligen

Textbausteinen bestehenden Ausführungen ist eine über die Regelgebühr hinausgehende Gebühr nicht in Ansatz zu bringen. Bei einem Gegenstandswert von 1.345,00 EUR ergeben sich geschuldete Anwaltskosten in Höhe von 220,26 EUR.

II.

Die Nebenentscheidungen beruhen auf §§ 92 Abs. 1, 708 Nr. 11, 709, 711 ZPO.

Der Streitwert wird auf 4.690,00 EUR festgesetzt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen dieses Urteil ist das Rechtsmittel der Berufung für jeden zulässig, der durch dieses Urteil in seinen Rechten benachteiligt ist,

1. wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 600,00 EUR übersteigt oder
2. wenn die Berufung in dem Urteil durch das Amtsgericht zugelassen worden ist.

Die Berufung muss **innerhalb einer Notfrist von einem Monat nach Zustellung** dieses Urteils bei dem Landgericht Kleve, [REDACTED] (Schwanenburg), [REDACTED], eingegangen sein. Die Berufungsschrift muss die Bezeichnung des Urteils, gegen das die Berufung gerichtet wird, sowie die Erklärung, dass gegen dieses Urteil Berufung eingelegt werde, enthalten.

Die Berufung ist, sofern nicht bereits in der Berufungsschrift erfolgt, binnen zwei Monaten nach Zustellung dieses Urteils gegenüber dem Landgericht Kleve zu begründen.

Die Parteien müssen sich vor dem Landgericht Kleve durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen, insbesondere müssen die Berufungs- und die Berufungsbegründungsschrift von einem solchen unterzeichnet sein.

Mit der Berufungsschrift soll eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift des angefochtenen Urteils vorgelegt werden.

Hinweis zum elektronischen Rechtsverkehr:

Die Einlegung ist auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts möglich. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet und mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 130a ZPO nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (BGBl. 2017 I, S. 3803) eingereicht werden. Auf die Pflicht zur elektronischen Einreichung durch professionelle Einreicher/innen ab dem 01.01.2022 durch das Gesetz zum Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs mit

den Gerichten vom 10. Oktober 2013, das Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs vom 5. Juli 2017 und das Gesetz zum Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 05.10.2021 wird hingewiesen.

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite www.justiz.de.

Dr. [REDACTED]